
HILTRUP

Nr. 7 Dez. '74

HEUTE und MORGEN

INFORMATIONEN - MEINUNGEN - AKTUELLES - INFORMATIONEN - MEINUNGEN

1975

Kein Stillstand im neuen Stadtteil Münster-Hiltrup



Zu Beginn des neuen Jahres wird die selbständige Gemeinde Hiltrup nicht mehr bestehen, so daß auch die rechtliche Zuständigkeit für das größte Bauprojekt der alten Gemeinde, das Aula-Mehrzweckgebäude, auf den Rechtsnachfolger, die Stadt Münster, übergeht. Die Frage der Mitbestimmungsmöglichkeit bis zur Kommunalwahl im Mai 1975 scheint einstweilen durch das gebildete Kuratorium gelöst zu sein, welches als Bindeglied zwischen Bevölkerung, Trägern von Gemeinschaftseinrichtungen, Vereinen und Verbänden und diesem Kommunikationszentrum dienen soll. Seine Aufgabe wird es sein, dafür zu sorgen, daß neben der zügigen Fortsetzung der Bauarbeiten, es nicht geschieht, daß die Mehrzweckhalle als Außenstelle der Halle Münsterland verwendet wird, in der dann überwiegend an kommerziellen Gesichtspunkten orientierte Veranstaltungen stattfinden würden. Das Kuratorium sollte öffentlich tagen, um dem einzelnen interessierten Bürger die Möglichkeit zur Mitarbeit zu geben und auch nach der Kommunalwahl in Form eines Benutzerrates weiterbestehen. In Zusammenarbeit mit dem Bezirksausschuß des neuen Stadtbezirks Hiltrup sowie dem Kulturausschuß der Stadt Münster sollte der Benutzerrat die Halle verplanen, wobei oberster Grundsatz bei der Vergabe von Räumen für Veranstaltungen die vorrangige Berücksichtigung der Interessengruppen des Stadtbezirks Hiltrup wäre.

Die Halle, die auch für verschiedenartige schulische Veranstaltungen benutzt werden kann, u.a. als Mensa einer Ganztagschule, hat als offene Einrichtung allen Bürgern, auch Nichtorganisierten, zur Verfügung zu stehen.

Die vorhandenen Räumlichkeiten (u.a. großer Saal-Aula für 600 Personen an Tischen mit Bühne und Vorführraum, großer und kleiner Konferenzraum, Bücherei, Leseraum und Bürgerstube, Restaurant für ca. 100 Personen, 2 Gruppenräume, 1 Clubraum, Discothek und Beatkeller sowie ein Spiel- und Sportbereich) sollten einerseits den bestehenden Raumbedarf für Jugendarbeit, Alten- und Ausländerbetreuung sowie für Weiterbildungszwecke abdecken, andererseits auch für kulturelle und festliche Veranstaltungen bereitstehen. In diesem Zusammenhang wäre es zu begrüßen, wenn die Stadt Münster wie vorgesehen, weiter Unterteilungsmöglichkeiten des großen Saals beschließen und finanzieren würde, da hierdurch eine noch flexiblere Benutzung möglich wäre.

Die inhaltliche Ausgestaltung der Halle sollte sich an folgenden Kriterien orientieren: Jugendarbeit sollte darauf hinarbeiten, den Jugendlichen in die Lage zu versetzen, gesellschaftliche Zwänge und Herrschaftsverhältnisse auf ihre Zwecke und Notwendigkeiten zu befragen, Interessen, Normen und Wertvorstellungen, die diesen zugrunde liegen, kritisch zu überprüfen, sie auf die eigene Lage zu beziehen und zur aktiven Veränderung der sozialen und politischen Umwelt beizutragen. Die im Untergeschoß der Halle geschaffenen Jugendeinrichtungen, deren Verwendung sich insbesondere an nicht organisierte Jugendliche ausrichten hätte, sollten von den Jugendlichen selbst verwaltet werden, wobei der dringend hierfür in Hilstrup anzustellende hauptamtliche Jugendpfleger sich vor allem als Berater verstehen sollte.

Der Schwerpunkt der Altenbetreuung sollte auf der Verstärkung der Kontakte untereinander sowie zur Außenwelt liegen. Spezielle Informationen und Beratungen, Kultur- und Bildungsangebote für ältere Mitbürger müßten dazu beitragen, ihnen eine aktive Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben besser als bisher zu ermöglichen.

Für die Ausländer, die in Hilstrup zahlreich unter uns leben, sollten außer gezielten Bildungsangeboten (z.B. Sprach- und Berufsausbildungskurse), Informations- und Beratungsaktionen, auch spezielle ihren Bedürfnissen gerechte kulturelle Veranstaltungen stattfinden.

Der Bereich der Weiterbildung, in dem die Verbindung von politischer, allgemeiner und beruflicher Bildung anzustreben ist, sollte neben Jugendlichen, älteren Mitbürgern und Ausländern vorrangig bildungsbenachteiligte Schichten ansprechen.

Organisatorisch wäre es erforderlich, in der Mehrzweckhalle Nebenstellen der Volkshochschule und der Stadtbücherei Münster einzurichten, an die zumindest sich die in Schulzentrum vorhandenen Schulbibliotheken, möglichst die auch nicht von kommunalen Trägern bestehenden Hilstruper Büchereien angliedern sollten.

Neben den von Interessengruppen des Stadtbezirks Hilstrup durchgeführten kulturellen und festlichen Veranstaltungen (z.B. Feste und Versammlungen der Vereine) sollten auch andere kulturelle Veranstaltungen wie Theater- und Filmvorstellungen, Konzerte und Kunstausstellungen in der Hilstruper Halle stattfinden, die von einem noch zu bildenden Kulturverbundsystem, dem u.a. Stadt- und Zimmertheater, Halle Münsterland, Amt für Kulturpflege angehören würden, zu organisieren wären.

Erziehungs- und Verbraucherberatungsstellen, Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Organisationen wie der DGB usw. sollten mithelfen, den Bedarf an Information und Beratung für den Bürger zu decken.

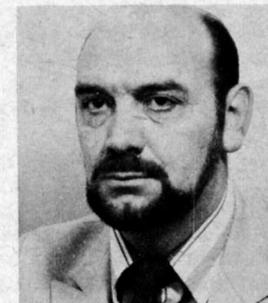
Rainer Bannert

SPD-Hiltrup benennt Kandidaten für das Stadtparlament

Der SPD-Ortsverein Hilstrup hat der gemeinsamen Delegiertenkonferenz der SPD Münster und Umland, die am 26. Januar 1975 stattfinden soll, zwei Kandidaten für den Rat der neuen Stadt Münster vorgeschlagen:

THEODOR DOPHEIDE,

Hiltrup, Bahnhofstraße 75, 43 Jahre alt, verheiratet, 2 Kinder. Als Polizeihauptkommissar ist er ab Mai 1974 weiter des Sachgebietes Einsatz und Verwendung beim Schutzbereich Südost in Münster.



Intensive Beschäftigung mit politischen Fragen in 6 Jahren Tätigkeit als Fachlehrer für Staatsbürgerkunde an der Landespolizeischule "Carl Severing" in Münster, Engagement im Sozial- und Mitbestimmungsbereich als Mitglied und Vorsitzender des Personalrates an der Polizeischule sowie aktive Beteiligung an der Problembewältigung im Bereich der Grundschulen als Vorsitzender von Schulpflegschaften führten ihn geradezu zwangsläufig in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Seit Juni 1973 ist Theodor Dopheide Vorsitzender der SPD in Hilstrup. Außerdem ist er Beisitzer im Kreisvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD und stellv. Sprecher des SPD-Zweckverbandes Umland.

RAINER BANNERT,

Hiltrup, Bahnhofstraße 5, 22 Jahre alt, ledig.

Seit dem Wintersemester 1973 studiert er an der "Westfälischen Wilhelms Universität" zu Münster Volkswirtschaft und Pädagogik mit dem Ziel, später Lehrer zu werden.

Seine Arbeit als stellvertretender Schülersprecher des Gymnasiums "Arnoldinum" zu Burgsteinfurt im Jahre 1970 ließ ihn erstmals intensiv mit politischen Fragen beschäftigen. Sein Engagement im Freizeitbereich der Gemeinde Hilstrup als 1. Vorsitzender des Tischtennisclubs Blau-Gold Hilstrup seit Februar 1971 konfrontierte ihn bald mit der Kommunalpolitik.



Seit September 1972 ist Rainer Bannert als Vorstandsmitglied der Jungsozialisten Arbeitsgemeinschaft im SPD-Ortsverein Hilstrup zuständig für den Bereich der Kommunalpolitik (u.a. Mitherausgeber der Dokumentation Hilstruper Kinderspielplätze) sowie seit September 1974 Sprecher der Juso-Ag Hilstrup. Außerdem ist er als Beisitzer im Kreisvorstand der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten im Bereich der Schülerarbeit tätig.

Hiltruper Verkehrsplanung

Alles was bisher der sogenannten Verkehrsplanung in Hiltrup zugrunde gelegt wurde, sind Vermutungen, Schätzungen, Behauptungen. Eine gründliche Untersuchung der Verkehrsverhältnisse hat nicht stattgefunden. Es gibt keine verbindlichen Antworten auf z.B. folgende Fragen:

Wo entsteht der Verkehr (Quellverkehr)?

Wo wollen die Fahrer hin (Zielverkehr)?

Welcher Verkehr durchfährt Hiltrup nur (Durchgangsverkehr)?

Wie stark sind LKW, PKW usw. am Verkehrsaufkommen beteiligt?

Zu welchen Zeiten ist welcher Verkehr am stärksten?

Welche Rolle kann und muß der öffentliche Personennahverkehr spielen?

Um einen sinnvollen Plan, der allen Bürgern tatsächlich Erleichterungen bringt, vorlegen zu können, brauchen Verkehrsplaner noch einige Antworten mehr.

Bevor also Pläne verwirklicht werden, wie z.B. die Südspange, das heißt, von der Bahnhofstraße (Höhe Hülsebrockstraße) abgehend in Richtung Glasurit und dann in weitem Bogen zur Hammer Straße (Höhe Kanalbrücke) führend, sollten Notwendigkeit und Auswirkungen genau untersucht werden. Kann verhindert werden, daß dadurch die Hülsebrockstraße (entgegen den Beteuerungen vieler Kommunalpolitiker in Hiltrup) von einer reinen Wohnstraße zu einer sehr stark befahrenen Durchgangsstraße gemacht wird? Wird die Bahnhofstraße dadurch wirklich im erwarteten und notwendigen Maße entlastet werden können? Vielleicht ist die von den Glasuritwerken vorgeschlagene Lösung, eine Zufahrtstraße zum Werk von der Hammer Straße aus zu schaffen, wobei eine große Kreuzung im Bereich der Bahnhofstraße - Hülsebrockstraße vermieden würde, ebenso wirkungsvoll.

An diesem einen Beispiel sollte die Problematik von Einzelmaßnahmen dargelegt werden. Vor solchen Maßnahmen, die nicht in ein Gesamtkonzept eingeleitet sind, ist zu warnen. Nur eine umfassende Bestandsaufnahme und die Entwicklung eines Gesamtplanes kann uns Bürger langfristig vor nachteiligen Auswirkungen schützen. Fehler die jetzt gemacht werden, können wahrscheinlich nicht wieder korrigiert werden. Die Kandidaten der Hiltruper SPD für den Rat der Stadt Münster haben es sich zur Aufgabe gestellt, die bislang versäumte Bestandsaufnahme und Analyse durchzusetzen sowie ein Gesamtkonzept zu entwickeln, über das die Bevölkerung von Beginn an informiert wird, so daß sie schon im Vorstadium ihre Anregungen, Bedenken und Wünsche einbringen kann und nicht Tatsachen hinnehmen muß, die sich nicht mehr ändern lassen.

Theodor Dopheide

Wir stellen vor:

Unser Landtagskandidat



BERND FELDHAUS, seit 1963 Mitglied der SPD, ist Lehrer an einem Gymnasium. Er gehört dem Ortsverein Sprakel an und ist 2. Vorsitzender des Ortsvereinsvorstandes.

Er arbeitet im Unterbezirksvorstand, in einigen Ausschüssen auf Bezirksebene und ist Mitglied des Parteirates.

Den Schwerpunkt seiner Arbeit bildet die Kommunalpolitik. Er ist Leiter des Kommunalpolitischen Arbeitskreises im Unterbezirk und Mitglied einer Kommission, die für die Erarbeitung eines kommunalpolitischen Grundsatzprogramms, das die Richtschnur sozialdemokratischer Politik in Münster darstellen soll, verantwortlich ist.

MÜNSTERLAND '80

Der Unterbezirk Münster der Sozialdemokratischen Partei hatte im vergangenen Jahr seinen Ausschuß für Kommunalpolitik unter meiner Federführung damit beauftragt, sozialdemokratische Vorstellungen für eine gezielte Förderung des Münsterlandes zu entwickeln. Am 30. Oktober dieses Jahres hat der Unterbezirksvorstand diese Vorstellungen der Öffentlichkeit vorgelegt. Die Sozialdemokraten des gesamten Münsterlandes werden sich mit aller Kraft dafür einsetzen, die in Münsterland '80 genannten Ziele zu verwirklichen.

Was enthält Münsterland '80? Nach einer kurzen Leistungsbilanz und Bestandsaufnahme wird zunächst in einem Kapitel "Rahmenbedingungen" dargelegt, wie einmal die Raumstruktur einer dünnbesiedelten Fläche (z.B. hohe Pro-Kopf-Kosten bei infrastrukturellen Investitionen) die Entwicklung dieses Raumes erschweren kann. Zum anderen wird der Rahmen bestimmt durch eine mittlerweile verfestigte einseitige Wirtschaftsstruktur, die das Ergebnis einer jahrzehntelangen CDU-Politik in den Rathäusern ist, das langfristig nur durch eine gezieltere Verteilung der Investitionen korrigiert werden kann. Kurzfristig ist aber mit den Gegebenheiten zu operieren. Danach richten sich auch die dann folgenden Programmziele.

Deren Schwerpunkte liegen eindeutig in der Verminderung der Krisenanfälligkeit der münsterländischen Wirtschaft. Zu diesem Zweck ist eine Förderung wachstumsstarker Wirtschaftszweige und eine Verbesserung der Verkehrsstruktur nötig; insbesondere gilt das für das Westmünsterland. Gefordert wird auch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im tertiären Sektor. Weil das ohne größere Zuständigkeit des Staates im privaten Bereich noch nicht möglich ist, muß diese Maßnahme zunächst im öffentlich-rechtlichen Bereich durchgeführt werden.

Einen breiten Raum nimmt auch die Bildungspolitik ein, weil sie speziell im Münsterland in enger Verbindung steht mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieses Raumes! Natürlich haben Bildungseinrichtungen zunächst die Aufgabe, die Selbstverwirklichung des Menschen zu ermöglichen, sie bringen aber auch höhere Qualifikationen und größere berufliche Mobilität. Unter diesem Aspekt ist es wichtig, daß im vorschulischen Bereich weitere Fortschritte gemacht werden, daß überbetriebliche Werkstätten eine bessere berufliche Bildung vermitteln, und daß wegen der Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung mehr Versuche mit Kollegstufen durchgeführt werden.

Weitere Zielvorstellungen zur Landwirtschaft, zu Freizeiträumen, zur Behindertenbetreuung werden abgeschlossen mit Forderungen zu einer zeitgemäßen Jugendpolitik, die nur in demokratischer Mitverantwortung der Jugendlichen selbst durchgeführt werden kann.

Münsterland '80 ist kein Wahlkampfschlager, sondern das Versprechen der Sozialdemokraten an die Bevölkerung, sich in ernsthaftem und dauerndem Bemühen für eine Verbesserung der Lage im Münsterland zu verwenden.

Bernd Feldhaus

Recht herzlichen Dank!

Fünf Jahre ereignisreicher Kommunalarbeit neigen sich dem Ende zu.

Mit vielen Hoffnungen für unser Gemeinwesen begannen wir 1969, und kaum einer von uns glaubte damals schon daran, daß 5 Jahre später eine Fortsetzung der begonnenen Arbeit in dieser Form unmöglich sein würde.

Die Leistungen, die in der Gemeinde vollbracht wurden, haben wir voll mitgetragen. Diese im einzelnen aufzuzählen ist müßig.

Doch was wären all die geschaffenen Dinge, wenn unsere Hilfruper diese nicht mitgestaltend nutzen würden? Anregungen unserer Mitbürger gaben dem Rat oft Impulse und Aufgaben.

In fruchtbaren Sachdiskussionen wurden Ratsbeschlüsse erarbeitet und von der Verwaltung oft überraschend schnell verwirklicht. Zu unser aller Vorteil.

Dafür allen Beteiligten, den Bürgern, der Verwaltung und den Ratskollegen recht herzlichen Dank!

Die SPD Fraktion

Akzente richtig gesetzt

- zur Übernahme der Amtsbediensteten in die Stadtverwaltung

Der Haupt- und Finanzausschuß des Amtes St. Mauritz nahm am 21.11.1974 Stellung zu der Überleitung der Bediensteten des Amtes und der amtsangehörigen Gemeinden im Zuge der kommunalen Neugliederung. Die Stellungnahme ist angesichts des dargestellten unververtretbaren Verhaltens der Stadt Münster grundsätzlich zu begrüßen und zu unterstützen.

Sind aber die Schwerpunkte richtig gesetzt?

Während Passagen wird beklagt, daß die bisherigen Amtsleiter nicht immer Amtsleiter bleiben. Daß sie als Beamte aber in jedem Falle ihren Besitzstand wahren können, wird dabei leider außer acht gelassen. Und -, ist es wirklich so unzumutbar, wenn z.B. der Leiter des Schulamtes nun Geschäftsführer der Volkshochschule oder der Kämmerer nun geschäftsleitender Bürobeamter des Statistischen Amtes werden soll? Ist das nicht nur eine Frage der Einarbeitung?

Viel problematischer sieht das bei dem Personenkreis aus, deren Situation in der Stellungnahme bedeutend weniger eingehend geschildert wird, den Angestellten und Arbeitern. Das Tarifrecht fordert bei nicht gleichwertiger Beschäftigung eine Herabgruppierung oder den Verlust von Vorarbeiterzulagen. Solche Maßnahmen der Stadt Münster, die nur noch als skandalös bezeichnet werden könnten, gilt es zu verhindern. Dazu sind alle Verantwortlichen des Amtes und der Stadt aufgefordert. Insbesondere der Rat der Stadt Münster muß diesen seltsamen Verwaltungspraktiken energisch entgegenreten.

Den Verfassern der Stellungnahme hätte es gut angestanden, hier die Akzente zu setzen. Aber es waren auch wohl nicht die Angestellten und Arbeiter, die diese Stellungnahme vorbereitet haben.

/do

Eine Feststellung:

TELEFONOSTALGIE

ES IST SO,

daß fortschrittliche Eltern 1972 die evangelische Paul-Gerhard-Grundschule in eine Gemeinschaftsgrundschule umwandelten;
daß ein Jahr später die Schule gegen den entschiedenen Protest der Eltern zugunsten einer katholischen Grundschule aus ihrem angestammten Gebäude an der Bodelschwinghstraße zur Unckelstraße umquartiert wurde;
daß wegen dieses Zwangsumzuges die zuständigen Stellen sofort die Änderung der Anschrift im amtlichen Telefonbuch veranlaßten;
daß aber der Information suchende Bürger im amtlichen Telefonbuch 1974/75 immer noch findet: "Ev. Grundschule, Paul-Gerhard-Schule".

ES IST NICHT SO,

daß konservative Schulpolitik in Hilfrup selbst über das Telefonbuch gemacht wird.

/do

Aus dem Ortsverein:

Willy Brandt: DANK UND ANERKENNUNG

JOSEF STOFFERS

50 Jahre Mitglied in der SPD

"Anerkennung für die Treue zu den Idealen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Dank für die Mitarbeit an der Verwirklichung der sozialdemokratischen Ziele" waren der Tenor der Ehrenurkunde, die Josef Stoffers, Promenade Süd 5, zusammen mit der goldenen Ehrennadel für 50 Jahre Mitgliedschaft in der SPD durch den Hiltruper SPD-Vorsitzenden Theodor Dopheide überreicht wurde.

Der 83jährige Jubilar, der dem politischen Geschehen weiter mit sehr großem Interesse folgt, fühlt sich mehr denn je mit seiner Partei verbunden. Das bittere Erlebnis des 1. Weltkrieges und die folgende schwere Zeit führten den engagierten Gewerkschaftler - Josef Stoffers wurde schon während seiner Lehrzeit als Schriftsetzer Mitglied der Buchdruckergewerkschaft - am 1.12.1924 in die SPD. Zu dieser Zeit war er als Schriftsetzer bei der sozialdemokratischen Tageszeitung "Volks-wille" tätig. Nach Beendigung der Nazi Herrschaft in Deutschland stieß er sofort wieder zur neugegründeten SPD. Er gehörte zu denen, die der SPD in Hiltrup wieder zum Leben verhalfen.

Dank und Anerkennung drückte auch ein Glückwunschtelegramm des Parteivorsitzen- den Willy Brandt an Josef Stoffers aus. Bei dem Empfang am 1. Dezember 1974 schlossen sich der Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Walkhoff, der Vorsitzende der Hiltruper SPD-Ratsfraktion Joachim Riedel sowie Ratsmitglied Hans Lehmann den Glückwünschen an.

/do

SPD Hiltrup hilft Hiltruper Bürgern

Wesentlicher Bestandteil der von der SPD/FDP-Koalition durchgesetzten Steuerreform ist die Kindergeldregelung, mit der endlich dafür gesorgt wurde, daß jeder für seine Kinder ein gerechtes Kindergeld erhält. Schwierigkeiten macht für einige Bürger lediglich die Ausfüllung der Anträge. Statt viele Worte zu machen, ergriff die SPD Hiltrup die Initiative. Die beiden Ratskandidaten Theodor Dopheide und Rain Bannert stellten sich den Hiltruper Bürgern zur Verfügung, um denen, die im Umgang mit Formularen ungeübt sind, bei der Ausfüllung der Anträge für das neue Kindergeld zu helfen.

Hans Lehmann

Der SPD - Ortsverein Hiltrup wünscht allen Lesern ein friedliches Weihnachtsfest sowie ein gutes Jahr 1975.

Theodor Dopheide
Vorsitzender

HILTRUP - heute und morgen

herausgegeben vom SPD - Ortsverein Hiltrup
Hiltrup, Bahnhofstr. 75
verantwortlich: Theodor Dopheide